

**33/PET XXII. GP**

---

Eingebracht am 27.05.2004

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

## Petition

DIETMAR KECK  
ABGEORDNETER ZUM NATIONALRAT  
DER REPUBLIK ÖSTERREICH



**Parlamentsfraktion**

Tel. 40110/0  
Fax 40130/3455  
<http://spoe.parlament.gv.at>

Herrn  
Präsident des Nationalrates  
Univ.Prof. Dr. Andreas KHOL

im H a u s e

Wien, am 27. Mai 2004  
pp/mb

Sehr geehrter Herr Präsident!

In der Anlage überreiche ich die Petition „Österreich ist ein Sozialstaat - schreiben wir es in die Verfassung" der Christlichen Betriebsgemeinde Voest und des Arbeiter- und Angestelltenbetriebsrates voestalpine im Sinne des § 100 Abs. 1 Z 1 GOG mit dem Ersuchen um geschäftsordnungsmäßige Behandlung.

Mit freundlichen Grüßen

Anlage

Die Sozialdemokratische Parlamentsfraktion  
Klub der sozialdemokratischen Abgeordneten zum Nationalrat,  
Bundesrat und Europäischen Parlament  
Austria – 1017 Wien, Parlament

Christliche Betriebsgemeinde Voest  
4030 Linz, Wahringerstraße 30

Arbeiter- und Angestelltenbetriebsrat voestalpine  
VOEST-ALPINE-Strasse 3,4031 Linz

OFFENER BRIEF

an die im Österreichischen Parlament vertretenen Parteien  
und an die Mitglieder des Österreich-Konvent

Linz, 13. Mai 2004

**Österreich ist ein Sozialstaat - schreiben wir es in die Verfassung !**

Die unterzeichneten Teilnehmerinnen an der Gemeinschaftsveranstaltung der Christlichen Betriebsgemeinde Voest (cbv) und des Arbeiter- und Angestelltenbetriebsrates voestalpine zum Thema „Wie viel Staat braucht der Staat“ am Donnerstag, 13. Mai 2004 im Betriebsseelsorgezentrum der Voest mit Univ.Prof. Dr. Anton Pelinka fordern alle im Österreichischen Parlament vertretenen Parteien und die Mitglieder des Österreich-Konvent auf, die im Grundtext des Sozialstaatsvolksbegehrens vorn April 2002 enthaltenen sozialen Grundrechte als Staatsziele in der Verfassung zu verankern:

- „Österreich ist ein Sozialstaat, Gesetzgebung und Vollziehung berücksichtigen die soziale Sicherheit und Chancengleichheit der in Österreich lebenden Menschen ab eigenständige Ziele,
- Vor Beschluss eines Gesetzes wird geprüft, wie sich dieses auf die soziale Lage der Betroffenen, die Gleichstellung von Frauen und Männern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt auswirkt (Sozialverträglichkeitsprüfung).
- Die Absicherung im Fall von Krankheit, Unfall, Behinderung, Alter, Arbeitslosigkeit und Armut erfolgt solidarisch durch öffentlich-rechtliche soziale Sicherungssysteme.
- Die Finanzierung der Staatsausgaben orientiert sich um Grundsatz, dass die in Österreich lebenden Menschen einen ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage angemessenen Beitrag leisten."

Diese Anliegen des Sozialstaatsvolksbegehrens sind nach wie vor aufrecht und aktueller denn je. Alle im Österreichischen Parlament vertretenen Parteien sowie alle weiteren relevanten Kräfte unseres Landes bekennen sich zum Sozialstaat Österreich. Wir fordern daher, unsere Verfassung - der Zielsetzung des Österreich-Konvent entsprechend - den Erfordernissen eines modernen, solidarischen Sozialstaates anzupassen und mit den für jeden Menschen wichtigen sozialen Grundrechten zu ergänzen. Wir betrachten dies als eine der wichtigsten Grundlagen für den Zusammenhalt und eine positive Weiterentwicklung unserer Gesellschaft,

Name	Adresse	Unterschrift
.....	.....	.....
.....	.....	.....
.....	.....	.....
.....	.....	.....

.....185 Unterschriften.....

.....
.....
.....
.....
.....